



SABINE BÄCHLE - SCHOLZ

MITGLIED DES HESSISCHEN LANDTAGS

CDU-LANDTAGSFRAKTION
SCHLOSSPLATZ 1-3
65183 WIESBADEN
TELEFON 0611 350-692
TELEFAX 0611 350-
s.baechle-scholz@ltg.hessen.de
www.sabine-baechle-scholz.de

Sabine Bächle – Scholz MdL, Schlossplatz 1 - 3, 65183 Wiesbaden

Pressemitteilung

23.10.2012

Praxisgebühr abschaffen

Bächle-Scholz unterstützt Position des Hessischen Sozialministers

Wiesbaden. Die CDU-Landtagsabgeordnete Sabine Bächle-Scholz schließt sich der Forderung des Hessischen Sozialministers Stefan Grüttner nach Abschaffung der Praxisgebühr an.

„Das Thema beschäftigt uns als Sozialpolitiker schon seit Einführung der Praxisgebühr. Die Idee mag ja charmant gewesen sein, durch die Gebühr überflüssige Arztbesuche zu verhindern. Man muss aber zur Kenntnis nehmen, dass es nicht funktioniert“, brachte Bächle-Scholz es auf den Punkt. Tatsächlich war unmittelbar nach Einführung ein geringer Rückgang in der Zahl der Arztbesuche festzustellen. Das Niveau stieg danach aber wieder auf die Zahlen vor Einführung. „Im Schnitt 18 Arztbesuche pro Patient und Jahr. Damit liegen wir an der Spitze der Industrienationen“, verwies die Abgeordnete auf die aktuellen Statistiken.

Während die Praxisgebühr vielen Ärzten das Leben erschwere durch zusätzlichen Kosten- und Bürokratieaufwand, solle lieber der Überschuss der Gesetzlichen Krankenkassen von ca. 20 Milliarden Euro in Präventionsprogramme investiert werden, um die Gesundheit der Bevölkerung nachhaltig zu verbessern. Dies habe, so Bächle-Scholz den zusätzlichen positiven Effekt, dass die Menschen tatsächlich gesünder würden und nicht bloß von einem notwendigen Arztbesuch abgehalten werden könnten. In diesem Zusammenhang wies sie insbesondere die Forderung der Deutschen Gesellschaft für Gesundheitsökonomie zurück, die Praxisgebühr auf alle Arztbesuche zu erstrecken. „Minister Grüttner kommentierte diese Forderung als ökonomisch sinnlos, sozial ungerecht und mit noch mehr bürokratischem Aufwand für Ärztinnen und Ärzte behaftet. Dem ist nichts hinzuzufügen“.

Auch der Vorschlag der Vereinigung Hessischer Unternehmerverbände (VhU), die Praxisgebühr dahingehend umzustellen, statt 10 Euro pro Quartal 5 Euro pro Arztbesuch zu verlangen, ändere nichts an der zugrunde liegenden Problematik. „Auf jeden Fall würde hierdurch der bürokratische Aufwand und damit die Kosten der Ärzte für die Verwaltung steigen, die dann noch weniger Ressourcen für ihre Patienten hätten. Dazu käme noch, dass gerade chronisch Kranke schlechter gestellt würden. Diese müssen häufig zum Arzt und müssten dann noch mehr zahlen. Ob sich dadurch tatsächlich überflüssige Arztbesuche vermeiden ließen, halte ich für unwahrscheinlich“, betonte Bächle-Scholz.

Nachdem sich nun auch Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) für die Abschaffung stark mache und die Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) Verhandlungsbereitschaft signalisiert habe, wünscht Bächle-Scholz sich eine rasche Umsetzung.

„Im Interesse der Ärztinnen und Ärzte wäre dies eine echte Verbesserung der Lage im Gesundheitssystem. Selbst die Krankenkassen sehen dies so, wie man aus der entsprechenden Forderung der Techniker Krankenkasse ablesen könne. Wir müssen umdenken, um unser

Gesundheitssystem nachhaltig zu stabilisieren und die Gesundheit der Menschen in unserem Land auf Dauer zu verbessern“, betonte Bächle-Scholz abschließend.